

**BESCHLUSSBUCH**  
**ORDENTLICHE**  
**MITGLIEDERVERSAMMLUNG**  
**2026**



## **A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2026**

### **Gemeinsam kämpfen. Gemeinsam lernen. Gemeinsam verändern**

Jungsozialist\*in zu sein bedeutet für uns, politische Verantwortung zu übernehmen und das nicht nur im Theoretischen, sondern im Alltag und in einer Gesellschaft, die von massiven

Ungleichheiten, Diskriminierung und sozialen Spaltungen geprägt ist. Die Jusos Münster verstehen sich als sozialistischer, feministischer, antirassistischer, antifaschistischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Wir sind dabei zugleich mehr als eine Nachwuchsorganisation: Wir sind ein politischer Ort, an dem wir uns gegenseitig bilden, stärken, inspirieren, ermutigen und gemeinsam handlungsfähig werden.

Unser Anspruch ist es, die Perspektiven junger Menschen in Partei und Stadtgesellschaft sichtbar zu machen und deutlich nach außen zu tragen. Wir wollen Debatten anstoßen, Räume für kontroverse Diskussionen schaffen, politische Kämpfe austragen und dafür sorgen, dass sich Menschen bei uns nicht nur engagieren können, sondern sich auch gesehen und unterstützt fühlen. Als Jusos Münster möchten wir den Politikstil der SPD nicht nur scharf kritisieren, sondern auch eigne Lösungsvorschläge entwickeln und debattieren, um starken Druck auf Entscheidungsträger\*innen ausüben zu können.

Damit das gelingt, braucht es Klarheit darüber, wofür wir stehen. Unsere Grundwerte sind kein Selbstzweck und keine bloßen Schlagworte. Sie sind der Maßstab, an dem wir unsere politische Praxis ausrichten und messen.

### **Unsere Grundwerte – wofür wir stehen**

#### **Sozialismus – Demokratie, Umverteilung und Würde statt Marktlogik**

Unser Sozialismus ist die klare Absage an eine Gesellschaft, in der Lebensbedingungen vom Geldbeutel, von Herkunft oder von Verwertbarkeit abhängig sind. Wir leben in einem System, das Reichtum und Macht bei wenigen konzentriert, während viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten, unsicheren Arbeitsverhältnissen und Zukunftsängsten konfrontiert sind. Diese Ungleichheit ist kein Zufall und kein Naturgesetz, sondern Ausdruck politischer Entscheidungen und wirtschaftlicher Machtverhältnisse.

Sozialismus bedeutet für uns deshalb nicht nur „mehr Sozialstaat“, sondern eine demokratische Neuordnung gesellschaftlicher Ressourcen: Wenn zentrale Bereiche wie Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung und Energie marktförmig organisiert sind, dann werden sie zu Waren und Menschen werden zu Kostenfaktoren. Dagegen setzen wir die Idee, dass ein gutes Leben ein Recht ist, keine Belohnung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die, die arbeiten, pflegen, erziehen und unsere Städte am Laufen halten, nicht am Ende die sind, die am wenigsten mitbestimmen und am meisten verzichten müssen.

Unser sozialistischer Anspruch ist immer auch ein Klassenstandpunkt. Wir lassen uns nicht spalten in jung gegen alt, nicht in arm gegen ärmer, nicht in „Leistungsträger\*innen“ gegen „angeblich Faule“. Unsere Konfliktlinie ist klar: Wenn Wohlstand wächst, muss er gerecht

verteilt werden. Wenn gesellschaftliche Arbeit geleistet wird, muss sie anerkannt, geschützt und fair entlohnt werden. Das heißt für uns auch: Tarifbindung stärken, prekäre Beschäftigung zurückdrängen, Mitbestimmung ausbauen, Sozialstaat entbürokratisieren und Armut bekämpfen und zwar strukturell, nicht moralisch.

#### **Feminismus : Sozialismus ist feministisch oder er ist keiner**

Feminismus ist für uns kein „Randthema“, das man gelegentlich mitbehandelt. Er ist Dreh- und Angelpunkt unserer politischen Perspektive, weil patriarchale Strukturen alle Lebensbereiche prägen: wer wie viel verdient, wer Care-Arbeit leistet, wer geschützt wird, wer Zugang zu medizinischer Versorgung hat, wessen Erfahrungen geglaubt werden und wer überhaupt politisch gehört wird.

Wir verstehen Feminismus als Kampf gegen Machtverhältnisse, die auf Geschlecht beruhen und als Kampf für Selbstbestimmung. Das heißt konkret: Wir treten ein für reproduktive Rechte, für sexuelle Selbstbestimmung und gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Schutz vor Gewalt real ist und nicht an unterfinanzierten Frauenhäusern, Personalmangel oder Stigmatisierung scheitert. Wir wollen, dass Menstruation enttabuisiert wird, dass Periodenprodukte zugänglich sind und dass medizinische Forschung und Versorgung nicht länger überwiegend am männlichen Körper ausgerichtet sind.

Feminismus bedeutet für uns auch, dass politische Teilhabe nicht neutral ist. Wer in patriarchalen Strukturen sozialisiert wird, hat nicht dieselben Chancen, denselben Raum und dieselbe Sicherheit. Deshalb ist es unsere Aufgabe, FINTA\*-Personen in unserem Verband gezielt zu ermutigen, zu schützen und zu empowern. Besonders in den Bereichen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind Männer stark überrepräsentiert, sodass es unsere zentrale Aufgabe ist, Frauen besonders stark dabei zu unterstützen, politische Aufgaben zu übernehmen, für Funktionen zu kandidieren, Mandate zu tragen, oder sich politisch und gesellschaftlich zu verwirklichen.

#### **Antirassismus : aktiv handeln statt nur „nicht rassistisch sein“**

Antirassismus ist für uns eine politische Pflicht, die immer wieder von neuem mit Leben gefüllt werden muss. Rassismus ist nicht nur ein individuelles Vorurteil, sondern äußert sich als strukturelles Phänomen : in Sprache, in Institutionen, im Wohnungsmarkt, im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt, in Behörden und in der Art, wie Normalität gesellschaftlich definiert wird. Deshalb reicht es nicht, bloß gegen Rassismus zu sein. Wir müssen konsequent antirassistisch handeln, auch dann wenn es unbequem scheint.

Das heißt für uns: Wir stellen uns rassistischen Narrativen entgegen, wir reflektieren die eigene Position, wir hören Betroffenen zu und wir schaffen Räume, in denen Erfahrungen nicht relativiert, sondern ernst genommen werden. Wir nehmen Sprache ernst, weil sie Denken prägt und weil menschenverachtende Rhetorik nie harmlos ist. Gleichzeitig verstehen wir Antirassismus als solidarische Praxis: Migration ist Realität und Bereicherung,

76 nicht Problem. Eine plurale Gesellschaft funktioniert nur, wenn Teilhabe nicht vom Pass, von  
77 Namen oder von Zuschreibungen abhängig ist.

## 78 **Antifaschismus – klare Kante gegen Rechts, ohne Relativierung**

79 Antifaschismus ist für uns kein Label, sondern Konsequenz. In Zeiten, in denen rechte Kräfte  
80 gesellschaftlich anschlussfähig werden, Hass normalisiert wird und Minderheiten angegriffen  
81 werden, ist Neutralität keine Option. Wir treten rechten Strategien in der Sprache, in der  
82 politischen Auseinandersetzung und auch auf der Straße entschlossen entgegen. Dabei geht  
83 es uns nicht nur um Abgrenzung, sondern um Aufklärung: Wir wollen verstehen, wie  
84 menschenverachtende Erzählungen wirken, wie sie in Alltagssprache rutschen und wie wir  
85 dem solidarisch und politisch wirksam begegnen.

86 Wir verstehen unser antifaschistisches Engagement als Akt der Verteidigung gegen jede/n  
87 demokratiefeindliche/n Organisation, Akteur oder gesellschaftlichen Trend. Gerade die  
88 Neugründung der Jugendorganisation der AFD hat in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass  
89 unser Handeln erforderlich ist und dass es viele jungen Menschen braucht, die Hass Wärme,  
90 Egoismus Solidarität und Ängsten Hoffnung entgegensetzen. Auch der Kampf gegen jede  
91 Form des Antisemitismus ist uns ein zentrales Anliegen. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit  
92 jüdischen Lebens sowie den Schutz jüdischer Menschen ein und befassen uns auch inhaltlich  
93 mit Antisemitismus.

## 94 **Internationalismus: Solidarität kennt keine Grenzen**

95 Internationalismus bedeutet für uns, politische Verantwortung nicht an nationalen Grenzen  
96 enden zu lassen. Krieg, Klimakrise, autoritäre Regime, globale Ausbeutung und Flucht sind  
97 keine entfernten Themen, sondern Teil einer Weltordnung, von der auch Deutschland  
98 profitiert. Internationale Solidarität heißt deshalb: hinschauen, benennen, informieren,  
99 solidarisch sein und politische Verantwortung einfordern, auch von Deutschland und der EU.

100 Internationalismus ist für uns außerdem eng verknüpft mit feministischer und  
101 antirassistischer Perspektive. Wer internationale Politik macht, ohne Machtverhältnisse  
102 mitzudenken, reproduziert Ungleichheit. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen von Gewalt  
103 und Unterdrückung und den Bewegungen, die weltweit für Freiheit, Gleichheit und  
104 Selbstbestimmung kämpfen.

## 105 **Unsere Arbeitsweise 2026**

106 Damit wir unsere Grundwerte nicht nur vertreten, sondern praktisch werden lassen, wollen  
107 wir unsere Arbeitsweise im kommenden Jahr weiterentwickeln. Dafür wollen wir als  
108 Grundlage das bereits bestehende Konzept der PoliTische nutzen, die sich nicht nur durch  
109 theoretischen Input, Wissenstransfer durch Expert\*innen und kritische Reflexion politischer  
110 Texte auszeichnen, sondern auch durch einen gemeinsamen Abendausklang die soziale  
111 Komponente umfassen. Zusätzlich werden thematische Arbeitskreise fester Bestandteil  
112 unserer politischen Arbeit, in denen Themen tiefgründig über einen längeren Zeitraum von  
113 sechs bis acht Wochen erarbeitet und diskutiert werden. Dadurch kann vor allem besonders

114 komplexen Themen die notwendige Tiefe gegeben, sodass Einsteiger\*innen und  
115 Expert\*innen auf ein ähnliches Niveau gebracht werden können.

## 116 **Arbeitskreise als Motor der inhaltlichen Arbeit**

117 Der Schwerpunkt unserer inhaltlichen Arbeit soll daher auf den Arbeitskreisen und den  
118 PoliTischen liegen. In diesen Arbeitskreisen wollen wir politische Themen gemeinsam  
119 vertiefen, Expert\*innen einladen, Kooperationen mit Bündnissen und anderen  
120 Organisationen nutzen und außer-der-ReiheTermine organisieren, um intensiver arbeiten zu  
121 können.

122 Die Themen werden nicht im Vorfeld des Jahres festgelegt. Stattdessen gibt es feste  
123 Zeitpunkte, zu denen Themenvorschläge aus der Mitgliedschaft gesammelt werden. Diese  
124 Vorschläge werden im Plenum diskutiert und anschließend basisdemokratisch per  
125 Abstimmung beschlossen. So stellen wir sicher, dass unsere Inhalte von der Basis getragen  
126 sind und dass wir thematisch sowohl auf Aktualität reagieren als auch langfristige Projekte  
127 ermöglichen. Die Themen sollen dabei unsere Grundwerte angemessen widerspiegeln.

128 Jeder Arbeitskreis wird von mindestens einem Vorstandsmitglied betreut. Gleichzeitig sollen  
129 die Arbeitskreise in großen Teilen autonom arbeiten können: Sie setzen Schwerpunkte,  
130 entwickeln Ideen, strukturieren Aufgaben und erarbeiten Inhalte. Der Vorstand unterstützt  
131 dabei koordinierend, hält Prozesse zusammen, sorgt für Ressourcen und Verlässlichkeit, ohne  
132 die inhaltliche Arbeit zu kontrollieren. Neben den regulären Arbeitskreisen können je nach  
133 Kapazität zusätzlich weitere Arbeitskreise eröffnet werden, die parallel laufen, um auf  
134 politische Entwicklungen flexibel reagieren zu können.

135 Nach Abschluss eines Arbeitskreises werden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt,  
136 gemeinsam diskutiert und weiterentwickelt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wollen wir als  
137 Jusos Münster gemeinschaftlich Anträge schreiben, um unsere Positionen verbindlich in die  
138 Partei und auf die nächsten Ebenen zu tragen. Politische Bildung ist für uns damit immer  
139 auch politische Wirksamkeit.

140 Als dauerhaften Arbeitskreis werden wir einen AK Bündnisarbeit etablieren. Hier soll die  
141 Mitarbeit in unseren Bündnissen, beispielsweise dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung  
142 oder dem Jugendbündnis gegen Antisemitismus, koordiniert werden. Für die Organisation ist  
143 ein Mitglied des Vorstands als Bündnisbeauftragte\*r zuständig.

## 144 **Der Donnerstag bleibt unser Anker**

145 Der wöchentliche Donnerstagstermin um 19 Uhr im SPD-Büro bleibt der zentrale Anker  
146 unserer Verbandsarbeit. Gleichzeitig soll dieser Termin vielfältiger genutzt werden können.  
147 Der klassische PoliTisch mit Input und Textarbeit bleibt als Format weiterhin Teil unserer  
148 Arbeit, insbesondere dann, wenn aktuelle Lagen schnelle politische Orientierung,  
149 gemeinsame Analyse und Austausch erfordern. Gleichzeitig soll der Donnerstag darüber  
150 hinaus Raum bieten für Ergebnispräsentationen aus Arbeitskreisen, gemeinsames Schreiben

151 von Anträgen, Inputs von Expert\*innen, Planung und Durchführung von Kooperationen  
152 sowie politische Aktions- und Bündnisarbeit.

153 Unabhängig vom jeweiligen Format beginnt jedes Treffen verpflichtend mit einer  
154 feministischen Viertelstunde. Diese ist nicht verhandelbar, weil wir davon überzeugt sind,  
155 dass Sozialismus zwingend feministisch ist und jedes politische Thema intersektional gedacht  
156 werden muss. Die feministische Viertelstunde soll uns dabei helfen, patriarchale Strukturen  
157 sichtbar zu machen, Begriffe zu schärfen und die Perspektive auf Machtverhältnisse  
158 konsequent mitzudenken.

159 Gerade in Zeiten, in denen viele junge Menschen politische Ohnmacht, Angst oder  
160 Erschöpfung angesichts von Rechtsruck, autoritären Entwicklungen und Angriffen auf  
161 Minderheiten erleben, soll der Donnerstag zudem ein Ort sein, an dem wir füreinander da  
162 sind. Wir wollen Raum schaffen für Austausch, Solidarität und gegenseitige Stärkung. Wir  
163 wollen unsere Sorgen teilen können und unsere Hoffnung organisieren, statt sie zu verlieren.

#### 164 **Planung und Verlässlichkeit**

165 Um unsere Arbeit verlässlich und transparent zu gestalten, erstellt der Vorstand im Laufe des  
166 Jahres eine Roadmap, in der Zeitfenster und Fristen festgehalten werden. Insbesondere für  
167 die Arbeitskreise, die Ergebnisphasen und die Antragsarbeit. Bei der Erstellung der Roadmap  
168 werden die Vorstellungen, Kapazitäten und Rückmeldungen der Mitglieder ausdrücklich  
169 miteinbezogen. So verbinden wir Verlässlichkeit mit Beteiligung.

170 Ergänzend dazu soll ein PoliTisch-Planungsteam entstehen, das offen für alle interessierten  
171 Mitglieder ist und vom Vorstand koordiniert wird. Dieses Team sammelt Wünsche aus der  
172 Basis, gibt eigene Impulse und plant, orientiert an Aktualität und politischer Dringlichkeit, die  
173 Ausgestaltung der Donnerstage, ohne dass diese Arbeit an Einzelpersonen hängen bleibt. Die  
174 Aktionsmonate zum feministischen März und antirassistischen Oktober wollen wir ebenso  
175 durchführen, wie die jährliche Woche gegen Antisemitismus im November. In diesen wollen  
176 wir uns anhand von Bildungsarbeit, gemeinsamen Veranstaltungen mit  
177 Bündnispartner\*innen, sowie Demobesuchen mit den Themen auseinandersetzen.

178 Feministische Politik bedeutet auch, dass Männer Privilegien reflektieren und aktiv Raum  
179 abgeben.

180 Dafür soll es mindestens 2 Genderplena im Jahr geben, bei denen FINTA\*-Personen die  
181 Möglichkeit haben, sich zu vernetzen und über die aktuelle Situation im Verband  
182 auszutauschen. Gleichzeitig soll ein kritisches Männerplenum stattfinden, um einen Raum für  
183 die Reflektion patriarchaler Privilegien zu geben.

184 Weiterhin führen wir die monatlichen FINTA\*-Vernetzungen gemeinsam mit der Juso-HSG,  
185 sowie das gemeinsame regelmäßige Frauenmensen (ca. 1x im Monat) fort. Für die  
186 Durchführung dieser ist ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einer Person aus der Juso-HSG  
187 verantwortlich, die sicherstellen, dass diese regelmäßig und in unterschiedlichen Formaten  
188 stattfinden können.

## 189 **Basisnähe, Transparenz und Feedbackkultur**

190 Unsere Vorstandsarbeit soll im kommenden Jahr von Transparenz und Nähe zur Basis geprägt  
191 sein. Dazu gehören regelmäßige öffentliche Vorstandssitzungen, in denen über die nächsten  
192 Wochen informiert und diskutiert wird. Das Stimmrecht liegt beim Vorstand, aber die Basis  
193 soll die Möglichkeit haben, Entscheidungen mitzuvollziehen und Ideen beratend  
194 einzubringen.

195 Gleichzeitig wollen wir eine verbindliche Feedbackkultur etablieren: durch regelmäßige  
196 Feedbackrunden, Fuck-up-Nights und ein niedrigschwelliges Online-Portal, über das  
197 Wünsche, Anregungen und Kritik geäußert werden können. Kritik soll bei uns nicht als Angriff  
198 verstanden werden, sondern als notwendiger Teil solidarischer Organisationsentwicklung.

## 199 **Feministische Strukturen nach innen: Gesprächskultur und Empowerment**

200 Als feministischer Verband ist es uns ein zentrales Anliegen, dass sich insbesondere  
201 FINTA\*Personen in unserem Verband gehört, geschützt und ermutigt fühlen. Dafür ist die  
202 Gesprächskultur im Plenum entscheidend. Wir führen eine quotierte Redeliste fort, bei der  
203 die Geschlechter im Wechsel sprechen. Sobald drei Männer gleichzeitig auf der Redeliste  
204 stehen, wird die Diskussion beendet. Diese Regel ein bewusstes Instrument, um männliche  
205 Redekultur zu begrenzen und Räume zu öffnen. Feministische Politik bedeutet auch, dass  
206 Männer Privilegien reflektieren und aktiv Raum abgeben.

207 Darüber hinaus ist es uns wichtig, Frauen frühzeitig zu ermutigen, Verantwortung zu  
208 übernehmen.

209 Sei es durch Nominierungen, Kandidaturen, Bewerbungen für Funktionen oder politische  
210 Mandate. Das Patriarchat hat Männer über Jahrhunderte systematisch in  
211 Entscheidungspositionen gebracht. Wir wollen, dass Frauen nicht bitten müssen, gehört zu  
212 werden, sondern dass ihre Perspektiven selbstverständlich Teil politischer Führung sind.

## 213 **Awareness-Team: Schutz, Unterstützung und Ansprechbarkeit**

214 Um all diese politischen Kämpfe auch intern verantwortungsvoll führen zu können, soll  
215 erneut ein unabhängiges Awareness-Team eingesetzt werden. Dieses Team ist nicht dem  
216 Vorstand unterstellt und fungiert als erste Anlaufstelle für Mitglieder, die sich unwohl fühlen,  
217 Grenzüberschreitungen erlebt haben oder problematische Situationen beobachten. Das  
218 Awareness-Team orientiert sich am Awareness-Konzept der Jusos Münster und arbeitet  
219 vertraulich, parteilich für Betroffene und mit dem Anspruch, dass unsere Strukturen so sicher  
220 wie möglich sind. Unser Ziel ist ein Verband, in dem politische Arbeit nicht auf Kosten  
221 einzelner passiert, sondern in der Solidarität auch bedeutet: Wir schützen uns gegenseitig.

1 **A4: Renten stabilisieren heißt nicht Armut stabilisieren! Renten im Bürgergeldbezug**  
2 **endlich wirksam machen**

3 Antragsstellerin: Sarah Rech

4 Mit dem im Sommer 2025 von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Rentenpaket  
5 wurde ein zentraler sozialpolitischer Konflikt der vergangenen Jahre vorläufig entschärft.  
6 Durch die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und die Aussetzung des  
7 sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenanpassungsformel wurde verhindert, dass  
8 die gesetzliche Rente allein aufgrund demografischer E kte weiter an Wert verliert. Die  
9 Reform verfolgt das Ziel, die gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung zu  
10 sichern und Vertrauen in das Rentensystem zu erhalten.

11 Diese Entscheidung ist richtig. Sie zeigt, dass Rentenpolitik politisch gestaltbar ist und nicht  
12 ausschließlich fiskalischen oder demografischen Automatismen unterworfen sein muss.  
13 Gleichzeitig o enbart die aktuelle Reform jedoch eine zentrale Leerstelle: Sie orientiert sich  
14 überwiegend an Durchschnittsrenten und sogenannten Regelbiografien  
15 und blendet damit die Lebensrealitäten vieler Menschen mit niedrigen Rentenansprüchen  
16 systematisch aus.

17 Für Menschen, deren Rentenansprüche nicht ausreichen, um oberhalb des  
18 Existenzminimums zu leben und die im Alter auf Bürgergeld angewiesen sind, entfaltet die  
19 Stabilisierung des Rentenniveaus faktisch keine Wirkung. Rentenerhöhungen werden im  
20 Bürgergeld nahezu vollständig angerechnet. Steigt die Rente, sinkt im gleichen Umfang der  
21 Anspruch auf Bürgergeld. Das verfügbare Einkommen bleibt gleich. Ökonomisch handelt es  
22 sich dabei um eine vollständige Neutralisierung zusätzlicher Einkommen durch das  
23 Transfersystem.

24 Diese Praxis widerspricht sowohl sozialpolitischen als auch volkswirtschaftlichen  
25 Grundsätzen. Durch die vollständige Anrechnung entsteht eine sogenannte  
26 Transferentzugsrate von nahezu 100 Prozent. Die Transferentzugsrate beschreibt, wie viel  
27 von einem zusätzlichen Euro Einkommen durch Kürzung staatlicher Leistungen wieder  
28 entzogen wird. Eine derart hohe Entzugsrate bedeutet, dass zusätzliche Rentenansprüche  
29 keinen materiellen Nutzen stiften. Die gesetzliche Rente verliert für diese Gruppe ihre  
30 Funktion als einkommenssteigernde Versicherungsleistung und wird faktisch zu einem  
31 bloßen Verrechnungsposten innerhalb der Grundsicherung.

32 Damit wird zugleich das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung untergraben.  
33 Dieses Prinzip beruht auf dem Zusammenhang zwischen eingezahlten Beiträgen und  
34 späteren Leistungen. Wenn Rentenansprüche im Bürgergeldbezug keinen  
35 Unterschied machen, wird Lebensleistung entwertet und das Vertrauen in das  
36 Sozialversicherungssystem beschädigt. Besonders betro en sind Menschen mit langen  
37 Erwerbsbiografien im Niedriglohnsektor, mit unterbrochenen Erwerbsverläufen aufgrund von  
38 Care-Arbeit oder mit gesundheitlich belastenden Tätigkeiten.

Auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist diese Ausgestaltung problematisch. Haushalte mit sehr niedrigen Einkommen weisen eine besonders hohe marginale Konsumquote auf. Das bedeutet, dass zusätzlich verfügbares Einkommen nahezu vollständig in den Konsum fließt, etwa für Miete, Lebensmittel oder Energie. Rentenerhöhungen für diese Gruppe würden daher unmittelbar die Binnennachfrage stabilisieren und konjunkturell wirksam sein. Durch die vollständige Anrechnung im Bürgergeld wird dieses stabilisierende Potenzial jedoch systematisch verhindert.

Die aktuelle Rentenreform zeigt, dass politischer Wille vorhanden ist, das Rentensystem zu stabilisieren. Doch eine Politik, die Rentenniveaus sichert, während sie für die am stärksten armutsgefährdeten Rentner\*innen wirkungslos bleibt, verfehlt ihren Anspruch auf soziale Gerechtigkeit. Altersarmut wird so nicht bekämpft, sondern lediglich verwaltet. Ein solidarischer Sozialstaat darf sich damit nicht zufriedengeben.

Als Jusos stehen wir für einen Sozialstaat, der reale Lebensverhältnisse verbessert, Lebensleistung anerkennt und soziale Sicherheit nicht nur statistisch, sondern spürbar gewährleistet. Die gesetzliche Rente muss auch für Menschen im Bürgergeldbezug eine eigenständige, einkommenswirksame Bedeutung haben. Dafür braucht es eine grundlegende Reform der Rentenanrechnung im Bürgergeld.

## **Zentrale Forderungen**

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- die Einführung eines anrechnungsfreien, dynamisierten Freibetrags auf Renteneinkommen im Bürgergeld, damit Rentensteigerungen zu realen Einkommenszuwächsen führen
- eine deutliche Senkung der effektiven Transferentzugsrate, um die vollständige Neutralisierung von Rentenansprüchen zu beenden
- die Anerkennung der gesetzlichen Rente als eigenständige Versicherungsleistung, auch für Menschen im Bürgergeldbezug eine wirksame

Bekämpfung von Altersarmut durch reale Kaufkraftgewinne, statt durch bloße rechnerische Stabilisierung von Rentenniveaus

## **A5: Stärkung feministischer Bildung und Bekämpfung des Antifeminismus**

Antragstellerin: Emily Zlateva

Antifeminismus ist nicht nur ein gesellschaftliches Problem, sondern ein zentraler Bestandteil rechter Ideologien und ein Radikalisierungsfaktor für extremistische Netzwerke. Frauen, nicht-binäre und queere Personen sind weiterhin alltäglicher

Diskriminierung, Hass und Gewalt ausgesetzt. Die Zahl geschlechtsbezogener Hassverbrechen nimmt zu, bleibt jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung unsichtbar.

#### **Radikalisierung junger Männer durch soziale Netzwerke**

Antifeministische Narrative gewinnen stetig an Einfluss, sowohl in sozialen Medien als auch in politischen Debatten. Ein Beispiel für die Brisanz dieses Problems zeigt die Netflix-Serie „Adolescence“, die die Radikalisierung von Jungen bereits im Schulalter thematisiert. Die Serie wurde im britischen Parlament diskutiert – insbesondere angesichts der steigenden Zahlen an Femiziden und der frauenfeindlichen Radikalisierung junger Männer.

Ideologien von Männern wie die der sogenannten „Incels“ zeigen, wie rechtsextremes Gedankengut ihren Ausdruck in Frauenhass findet. Der Begriff wurde vor allem durch die sozialen Medien verbreitet und besteht aus den englischen Wörtern „involuntary“ (auf Deutsch „unfreiwillig“) und „celibate“ („sexuelle Enthaltsamkeit“). Er wird identitätsstiftend als Selbstbezeichnung von jungen heterosexuellen Männern genutzt, die keine (sexuelle) Beziehung zu einer Frau führen und ihnen diese fehlt. Die Schuld daran suchen sie im Feminismus und in unserer demokratischen und freien Grundordnung. Die Aussage, Männer hätten eine Art Grundrecht auf Sex, die ihnen verwehrt werde, treibt sie dazu, misogynen Videos, Fotos oder Kommentare auf sozialen Netzwerken zu teilen. Misogynie beschreibt eine frauenfeindliche Haltung von Männern gegenüber Frauen, also Frauenhass. Dies stellt nur eines vieler Beispiele für die Radikalisierung junger Männer in unserer heutigen Gesellschaft dar.

#### **Misogynie – Männer töten Frauen**

Auch in Deutschland steigt die Zahl an Femiziden, also der Tötung von Frauen durch Männer aufgrund ihres Geschlechts, deutlich an. Das erstmals veröffentlichte Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ belegt mit Zahlen aus dem Jahr 2023 einen alarmierenden Anstieg an Gewalt gegen Frauen in Deutschland. 360 Mädchen und Frauen wurden demnach 2023 Opfer eines Femizids fast jeden Tag ein Fall. Alle drei Minuten erlebte eine weibliche Person 2023 häusliche Gewalt in Deutschland. Die ehemalige Bundesfrauenministerin Lisa Paus sprach daher richtigerweise davon, dass Gewalt für viele Frauen zum Alltag gehört.

Das am 21. November 2025 veröffentlichte aktuelle Lagebild, welches auf Daten aus dem Jahr 2024 basiert, verdeutlicht erneut die akute Gefährdung von Frauen in

Deutschland. Die Zahl der weiblichen Opfer häuslicher Gewalt stieg im Jahr 2024 auf 187.128 und nahm damit im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % zu. Auch die weiterhin zunehmende Bedrohung durch digitale Gewalt macht deutlich, welches unmittelbare Risiko soziale Medien für Frauen darstellen. Laut Angaben des Bundeskriminalamts erhöhte sich die Zahl weiblicher Opfer digitaler Gewalt um 6 % gegenüber dem Vorjahr.

Besonders auffällig ist jedoch der drastische Anstieg politisch motivierter Kriminalität:

109 Im Vergleich zu 2023 verzeichnete das BKA hier eine Zunahme von 73,3 %. In diese  
110 Kategorie fallen Straftaten, deren Tatmotivation auf Vorurteilen gegenüber Frauen oder  
111 dem weiblichen Geschlecht beruht.

## 112 **Solidarisch, kämpferisch & feministisch**

113 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es entschlossene Maßnahmen, die wir  
114 gemeinsam beschließen müssen. Um institutionelle patriarchale Tendenzen zu zerstören,  
115 muss der Staat konsequent feministisch ausgerichtet werden. Damit gemeint ist: Staatliche  
116 Strukturen und Behörden müssen konsequent feministischen Prinzipien wie  
117 Gleichberechtigung oder dem Schutz von FINTA folgen.

118 Um dies zu erreichen, sollten vor allem Beamt\*innen in den Fokus rücken, die durch ihre  
119 gesellschaftliche Rolle großen Einfluss üben, wie zum Beispiel Lehrer\*innen und  
120 Polizist\*innen. Sie müssen durch verpflichtende Schulungen für die Problematik  
121 sensibilisiert und entsprechend aufgeklärt werden. So können sie frühzeitig auf toxische  
122 Verhaltensmuster reagieren und präventiv eingreifen. Nur so wäre es in einem nächsten  
123 Schritt möglich, auch kommende Generationen feministisch zu bilden.

124 Es reicht nicht, Gewalt gegen Frauen einmal im Jahr nach der Verö entlichung solcher  
125 Lagebilder zu betrauern. Sie muss dauerhaft als strukturelles Problem erkannt und  
126 systematisch bekämpft werden. Um Antifeminismus wirksam zurückzudrängen, braucht es  
127 daher eine klare Strategie zur Stärkung feministischer Bildung und zur nachhaltigen  
128 Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.

129 Ziele dieses Antrags sind:

130 Die Förderung feministischer Bildungsarbeit zur Stärkung von Gleichstellung und  
131 Antidiskriminierung sowie die Auswertung solcher Lagebilder.

132 Gesellschaftliche Sensibilisierung für das Ausmaß an Gewalt gegenüber Frauen und INTA.

133 Die Anerkennung antifeministischer Ideologien als eine Gefahr für unsere Gesellschaft,  
134 Demokratie und Sicherheit.

135 Die Scha ung eines sicheren und diskriminierungsfreien digitalen Raums für 78 Frauen und  
136 INTA.

137 Forderungen:

138 Eine jährlich stattfindende verpflichtende Schulung gegen Antifeminismus für alle  
139 Beamt\*innen des Landes NRW, um eine Sensibilisierung von Politik, Polizei, Justiz,  
140 Verwaltung und Behörden voranzutreiben. Damit werden einflussreiche Teile der  
141 Gesellschaft erreicht und dies fördert die Anerkennung des Antifeminismus als Form der

142 Radikalisierung und Gewalt. Sie soll über Geschlechtergerechtigkeit, Sexismus, LGBTQ+-  
143 Rechte und Antifeminismus aufklären und ab der Ausbildung stattfinden.

144 Die finanzielle Förderung dieser feministischen Schulungen ist durch das Land Nordrhein-  
145 Westfalen sicherzustellen.

146 Die konsequente Strafverfolgung von digitaler Gewalt und Hasskriminalität gegen Frauen.

147 Antifeminismus stellt eine fundamentale Bedrohung für die Gleichberechtigung unserer  
148 Gesellschaft dar und ist eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Demokratie. Wir müssen  
149 ihn als solchen benennen und konsequent bekämpfen.

## 1 A6: Schluss mit Hindernissen für internationale Studierende

2 Antragstellerin: Marie Weiser

### 3 Ausgangslage

4 In Deutschland herrscht ein spürbarer **Fachkräftemangel**. Ein Großteil der aktuell  
5 Erwerbstätigen gehört zur Generation der Babyboomer und wird in den kommenden rund  
6 15 Jahren in den Ruhestand gehen. Die nachfolgenden, zahlenmäßig geringeren  
7 Altersgruppen können die entstehenden Lücken nicht vollständig schließen.

8 Der Mangel betri t eine Vielzahl von Berufen, darunter auch solche, die ein  
9 Hochschulstudium voraussetzen. Besonders dringend fehlen Fachkräfte in den  
10 MINTFächern, im Gesundheitswesen sowie in Lehre und Forschung.

### 11 Auswirkungen des Mangels

12 Der Fachkräftemangel wirkt sich auf wirtschaftliche, arbeitsmarktbezogene,  
13 bildungsbezogene und gesellschaftliche Ebenen aus. Wirtschaftlich führt er zu  
14 Produktivitätsverlusten, da Unternehmen Projekte nicht vollständig durchführen und  
15 Fertigungs- oder Entwicklungsprozesse verzögert werden. Gleichzeitig **sinkt die**  
16 **internationale Wettbewerbsfähigkeit**, da Innovationen, Industrieproduktion und  
17 Exportmöglichkeiten eingeschränkt sind. Hinzu kommen **höhere Kosten**, weil Fachkräfte  
18 teurer rekrutiert werden müssen, Überstunden anfallen oder temporäre Leiharbeit  
19 eingesetzt wird.

20 Auch der Arbeitsmarkt spürt die Folgen: In Engpassberufen steigen die Löhne schneller, was  
21 zu höheren Betriebskosten und Lohnungleichgewichten führt. Gleichzeitig übernehmen  
22 wenige Mitarbeitende mehr Aufgaben, was die **Belastung erhöht** und das Risiko von  
23 Burnout steigert. Besonders betro en sind spezialisierte Bereiche wie MINT, IT, Pflege,  
24 Medizin oder Forschung, in denen fehlendes Personal nicht kurzfristig ersetzt werden kann.  
25 Im Bildungs- und Forschungsbereich können Hochschulen häufig Stellen für  
26 Wissenschaftler\*innen oder Labore nicht vollständig besetzen. Dies verzögert  
27 Forschungsprojekte und reduziert die internationale Zusammenarbeit, da Deutschland für  
28 Talente teils unattraktiv oder schwer zugänglich ist.

29 Gesellschaftlich führt der Fachkräftemangel zu **Engpässen in kritischen**  
30 **Infrastrukturen** wie Gesundheitsversorgung, IT-Sicherheit, Digitalisierung oder Bildung. Dies  
31 verzögert Innovationen und technologische Entwicklungen und verringert langfristig die  
32 Standortattraktivität Deutschlands.

### 33 Hürden für internationale Studierende

34 Trotz dieser Chancen sehen sich internationale Studierende aus aus Nicht-EU-Ländern sowie  
35 bestimmten weiteren Staaten zahlreichen Hindernissen gegenüber. Besonders

problematisch **sind lange Bearbeitungszeiten bei der Visaerteilung**. Die Erteilung von Einreisevisa für ausländische Studierende und Wissenschaftler\*innen kann teilweise mehrere Jahre dauern. Dies führt zu zeitlichem Verlust, Unsicherheit über die Zukunft und erschwert den rechtzeitigen Studienbeginn.

### Finanzielle Hürden

Ein zentrales Hindernis für internationale Studierende ist der Nachweis finanzieller Mittel. Für die Bewilligung eines Visums oder Aufenthaltsantrags müssen Studierende nachweisen, dass ihnen ein Betrag **in Höhe von 12 Mal des BAföG-Höchstsatzes** zur Verfügung steht – unabhängig davon, wie viel Geld tatsächlich in Deutschland benötigt wird.

Dies führt dazu, dass einige Studienwillige lange arbeiten müssen, bevor sie den erforderlichen Nachweis erbringen können. Gleichzeitig verschärft das System **Studierenden aus wohlhabenden Familien einen erheblichen Vorteil**, da finanzielle Ressourcen über den Zugang entscheiden und nicht die akademische Eignung. Besonders betroffen sind Studierende aus Ländern mit schwacher Währung oder instabilen Banksystemen, die dadurch strukturell benachteiligt werden. Diese Situation macht Deutschland als Studienstandort weniger attraktiv und führt zum Verlust potenzieller Fachkräfte.

Die Problematik wird zusätzlich durch die **starke Begrenzung der Arbeitsmöglichkeiten** verschärft. Internationale Studierende dürfen nur 120 Arbeitstage oder 240 halbe Tage pro Jahr arbeiten. Dadurch entsteht ein Widerspruch:

Einerseits müssen Studierende ausreichende finanzielle Mittel nachweisen, andererseits ist ihnen nur ein sehr begrenztes Einkommen während des Studiums erlaubt. Die Folge sind häufig **prekäre Jobs, ein erhöhtes Risiko von Schwarzarbeit und zusätzlicher Stress**, der die akademische Leistung und Integration erschwert. Bürokratie

Die Beantragung eines Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis für internationale Studierende ist ein komplexer Prozess, der zahlreiche Behörden einbezieht – darunter Botschaften, Ausländerämter, Hochschulen, Krankenkassen, Banken und Einwohnermeldeämter. Je nach Herkunftsland, Bundesland und lokaler Ausländerbehörde **unterscheiden sich Anforderungen, Fristen und Abläufe stark**, sodass gleiche Situationen unterschiedlich bewertet werden können. Informationen sind häufig veraltet, widersprüchlich oder ausschließlich auf Deutsch verfügbar, was zu hoher Unsicherheit und Stress bei den Betroffenen führt.

Ein zentrales Problem ist die Intransparenz und Inkonsistenz der Entscheidungen sowie die große Machtasymmetrie. Ausländerbehörden verfügen über erheblichen **Ermessensspielraum**, und Entscheidungen sind oft kaum nachvollziehbar oder anfechtbar. Rechtsstaatlich problematisch ist, dass Studierende stark von einzelnen Sachbearbeitenden abhängig sind, was das Gefühl von Willkür verstärkt. In der Praxis führt dies zu **Angst vor Kontakt mit Behörden**, schlechterer Kommunikation und hohem Stress. Fehler, etwa durch

73 Missverständnisse bei Fristen oder Nachweisen, können schnell zu rechtlichen Problemen  
74 führen.

### 75 Abhängigkeit vom Aufenthaltsstatus

76 Zusätzlich sind internationale Studierende stark vom Aufenthaltsstatus abhängig. Die  
77 Erlaubnis zum Aufenthalt ist eng an den Studienfortschritt, die Regelstudienzeit und  
78 bestimmte Nachweise gebunden. Kaum Spielräume bestehen bei Krankheit, psychischer  
79 Belastung oder familiären Krisen, wodurch internationale Studierende im Vergleich zu  
80 deutschen Studierenden rechtlich verletzlicher sind. Dies erzeugt einen **hohen Druck, trotz**  
81 **Überlastung „funktionieren“ zu müssen**, und verstärkt die Ungleichbehandlung gegenüber  
82 einheimischen Studierenden.

### 83 Sprache und Integration

84 Viele Studiengänge in Deutschland werden auf Deutsch angeboten, doch die **vorhandene**  
85 **Sprachförderung reicht oft nicht aus**, um internationale Studierende adäquat vorzubereiten.  
86 Bereits zu Beginn des Studiums bestehen hohe  
87 Sprachanforderungen, die den Einstieg zusätzlich erschweren. Kritisch ist, dass Integration  
88 zwar gefordert, aber organisatorisch nur unzureichend unterstützt wird. Hinzu kommt, dass  
89 die Verwaltung nahezu ausschließlich auf Deutsch kommuniziert, wodurch der Zugang zu  
90 Informationen und zu wichtigen Formalitäten stark erschwert wird.

91 Die Folge dieser Situation ist häufig soziale Isolation, insbesondere in den ersten Semestern,  
92 sowie eine erhöhte Abbruchquote unter internationalen Studierenden. Die mangelnde  
93 sprachliche Unterstützung behindert nicht nur den Studienerfolg, sondern erschwert auch  
94 die berufliche und gesellschaftliche Integration.

### 95 Erschwerte Bedingungen für den Einstieg in das Berufsleben

96 Nach dem Abschluss endet oft die Aufenthaltserlaubnis, sodass die ehemaligen  
97 Studierenden zeitnah eine Arbeitsstelle finden oder ein sogenanntes **befristetes „Job-**  
98 **Seeking Visa“** beantragen müssen. Die Verfahren hierfür sind komplex, dauern häufig lange  
99 und verursachen Unsicherheit.

100 Viele Unternehmen bevorzugen Bewerber\*innen mit deutschem Abschluss oder  
101 unbefristetem Aufenthaltstitel, sodass die Integration in den Arbeitsmarkt für internationale  
102 Absolvent\*innen erschwert wird.

### 103 Fazit

104 Deutschland wirbt aktiv um internationale Studierende und Fachkräfte, doch gleichzeitig  
105 bestehen zahlreiche strukturelle Hürden, die die Attraktivität des Standorts stark  
106 einschränken. Hohe Anforderungen an finanzielle Mittel, strenge Leistungs- und  
107 Aufenthaltskontrollen sowie komplexe bürokratische Verfahren erzeugen Misstrauen und  
108 vermitteln internationalen Studierenden das Gefühl, primär als potenzielles Risiko behandelt  
109 zu werden. Dadurch wird **Deutschland trotz des Bedarfs an Fachkräften als**

110 **Studienstandort unattraktiv.**

111 Auch beim Übergang ins Berufsleben bestehen Hürden, die es erschweren, internationale  
112 Absolvent\*innen langfristig im deutschen Arbeitsmarkt zu halten, obwohl dies zentral wäre,  
113 um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

114 **Deshalb wird gefordert:**

115 1. Deutliche Verringerung des erforderlichen finanziellen Nachweises für ausländische  
116 Studierende.

117 2. Höhere Arbeitszeit- und Arbeitserlaubnis während des Studiums für ausländische  
118 Studierende.

119 3. Schnellere Bearbeitung von Visaanträgen potenzieller ausländischer Studierender.

120 4. Ausbau und Verbesserung von Sprachlernangeboten für ausländische Studierende.

121 5. Abbau bürokratischer Hürden für ausländische Studierende.

122 6. Schaffung eines Punktes bei der Regelstudienzeit in Bezug auf die  
123 Aufenthaltsgenehmigung ausländischer Studierender.

124 7. Förderung des Übergangs vom Studium in den Beruf für ausländische Studierende

## 1 A7: Digitale Selbstverteidigung statt Verbote

2 Antragsstellerin: Romy Stephany

### 3 **Lehren statt verbieten**

4 Kinder und Jugendliche bewegen sich heute selbstverständlich in einer digitalen Welt, in der  
5 soziale Netzwerke, Algorithmen und zunehmend auch künstliche Intelligenz ihren Alltag  
6 prägen. Gleichzeitig wird das Internet zu einem zentralen Raum, in dem gesellschaftliche  
7 Konflikte sichtbar werden: Misogyne Influencer erreichen Millionen, extremistische  
8 Gruppen nutzen Plattformen wie TikTok, Instagram und Discord für subtile Rekrutierungs-  
9 und Radikalisierungsstrategien, und rechtspopulistische Akteure wie die AfD sprechen junge  
10 Menschen gezielt über Social Media an, um Unsicherheit zu schüren und demokratische  
11 Werte zu untergraben. Zugleich verschwimmen die Grenzen zwischen echten und künstlich  
12 erzeugten Inhalten immer stärker. KI-generierte Bilder, manipulierte Videos und täuschend  
13 echte Deepfakes erschweren es Jugendlichen zunehmend, Wahrheit, Manipulation und  
14 Desinformation zu unterscheiden.

15 Verbote sozialer Netzwerke sind vor diesem Hintergrund weder praktikabel noch  
16 pädagogisch sinnvoll. Sie würden Jugendlichen jene digitalen Räume entziehen, in denen  
17 sie sich austauschen, Identität entwickeln, Freundschaften pflegen und politische Teilhabe  
18 erfahren – ohne die eigentlichen Probleme zu lösen. Entscheidend ist daher, junge  
19 Menschen zu befähigen, digitale Räume sicher, selbstbestimmt und kritisch zu nutzen. Sie  
20 müssen verstehen, wie Plattformen funktionieren, wie Algorithmen Inhalte verstärken und  
21 anhand welcher Merkmale sie erkennen können, dass Bilder, Videos oder Texte durch KI  
22 erzeugt oder manipuliert wurden.

23 Nur wenn Kinder und Jugendliche lernen, digitale Quellen zu prüfen, manipulative  
24 Strategien zu durchschauen und toxische Narrative – ob sexistisch, extremistisch oder  
25 populistisch – zu erkennen, können sie sich sicher und reflektiert in der digitalen  
26 Informationslandschaft bewegen. **Mögliche Inhalte des Schulfachs a) Medienkritik &**  
27 **demokratische Resilienz**

- 28 • Erkennen von Fake News, Deepfakes, manipulativen Beiträgen
- 29 • Sensibilisierung für extremistische und rechtspopulistische Inhalte
- 30 • Auseinandersetzung mit sexistischen Rollenbildern & toxischer Männlichkeit•
- 31 Funktionsweise digitaler Radikalisierung

### 32 **b) Künstliche Intelligenz verstehen**

- 33 • Grundlagen von KI, Algorithmen, Daten und Trainingsprozessen

- 34 • Chancen, Risiken und ethische Fragen (Bias, Diskriminierung, Deepfakes) • Praktische
- 35 Anwendung von KI-Tools im Unterricht

### 36 **c) Digitale Selbstverteidigung**

- 37 • Datenschutz, Privatsphäre, Umgang mit eigenen Bildern
- 38 • Schutz vor Cybermobbing, Belästigung, Grooming
- 39 • Strategien gegen Hassrede & Online-Belästigung

### 40 **d) Sozialer Umgang miteinander online • Kommunikationskompetenz**

- 41 • Umgang mit Konflikten im Netz
- 42 • Verantwortung in digitalen Gemeinschaften

### 43 **e) Kreativer & produktiver Umgang mit digitalen Medien**

- 44 • Erstellen eigener Inhalte (Videos, Texte, Grafiken, KI-generierte Medien)
- 45 • Chancen für Bildung & Engagement

46 Diese Inhalte sind unverzichtbar, weil Kinder und Jugendliche täglich mit digitalen  
47 Informationen, sozialen Medien, KI-basierten Systemen und online vermittelten Weltbildern  
48 konfrontiert sind, oft lange bevor sie deren Wirkung oder Manipulationspotenzial verstehen  
49 können. Ohne gezielte Bildung in Medienkritik, KI-Verständnis, digitaler Selbstverteidigung  
50 und sozialer Online-Kompetenz bleiben sie anfällig für Fake News, extremistische Ideologien,  
51 sexualisierte Gewalt, Mobbing und algorithmisch verstärkte Verzerrungen. Diese Inhalte  
52 vermitteln ihnen daher das notwendige Rüstzeug, um sich sicher, reflektiert und  
53 demokratisch in einer zunehmend digitalen Welt zu bewegen und selbstbestimmt  
54 mitzugestalten, statt von Plattformen, Algorithmen oder gefährlichen Akteuren beeinflusst  
55 zu werden. **Gute Pädagogik macht den Unterschied**

56 Die Vermittlung digitaler Medienkompetenz erfordert eine qualifizierte und nachhaltige  
57 pädagogische Umsetzung. Der Unterricht soll daher von speziell geschulten Lehrkräften  
58 durchgeführt werden, die sowohl über technisches Verständnis als auch über  
59 medienpädagogische Expertise verfügen. Die Inhalte werden projektorientiert vermittelt:  
60 Schülerinnen und Schüler

61 analysieren reale Social-Media-Beiträge, führen KI-Experimente durch, reflektieren  
62 Empfehlungsalgorithmen oder üben gezielte Recherchetechniken ein.

63 Zudem sollen Schulen eng mit Fachstellen der Demokratieförderung, Medienpädagogik und  
64 des Jugendschutzes zusammenarbeiten, um aktuelle Entwicklungen, Präventionsansätze

65 und Expertise in den Unterricht zu integrieren. Damit das Fach nachhaltig Wirkung entfalten  
66 kann, braucht es

67 eine klare zeitliche Verankerung im Stundenplan und darf nicht bloß als unverbindliches  
68 Querschnittshema behandelt werden. Nur ein eigenständiges Schulfach stellt sicher, dass  
69 digitale Medienbildung nicht dem Zufall einzelner engagierter Lehrkräfte überlassen bleibt,  
70 sondern allen Kindern und Jugendlichen umfassend zugutekommt.

71 **Deshalb fordern wir:**

- 72 • die Einführung eines eigenständigen, verpflichtenden Schulfachs „**Digitale**  
73 **Medienkompetenz & KI**“ von der Grundschule bis zum Schulabschluss,
- 74 • die systematische Vermittlung von Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche befähigen,  
75 sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in digitalen Räumen zu bewegen,
- 76 • die Fähigkeit, manipulative Inhalte, toxische Narrative und extremistische Botschaften zu  
77 erkennen und zu hinterfragen,
- 78 • die Stärkung demokratischer Werte und die Förderung von verantwortungsbewusstem  
79 Handeln im digitalen Raum,
- 80 • die Sicherstellung, dass Medienkompetenz, KI-Verständnis und  
81 digitale Selbstverteidigung fest in der schulischen Bildung verankert sind und nicht dem  
82 Zufall einzelner Lehrkräfte überlassen bleiben.